

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2106

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2106



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 23. 6. 2019

Inhalt

Götterdämmerung in der Pädagogik	2
22.6.2019, Hanspeter Amstutz	2
Verblödet Schule? fragt Jürgen Kaube	3
Journal21 14.6.2019, von Carl Bossard	3
Bildschirmlesen kann Verstehen gefährden.....	5
Tagblatt, 18.6.2019, Kolumne von Gottlieb Höpli.....	5
Wieso Lehrer so wichtig sind	6
Tages-Anzeiger 8.6.2019, Mamablog von Regula Portillo, Freie Texterin und Autorin	6
Der Abstieg der Grande Nation in Sachen Mathematik.....	7
Condorcet Bildungsperspektiven 12.6.2019, Alain Pichard und Astrid Baumann	7
Warum sind die Lehrer in Aufruhr?.....	9
Zeit-Fragen 18.6.2019, von Claude Meunier-Berthelot, französische Buchautorin, Juristin und Lehrerin	9
Fluch und Segen der Privatschulen.....	10
Tagblatt St. Gallen 17.6.2019, Kolumne von Mario Andreotti	10
An den Schulen lebt der Filz	11
NZZ 22.6.2019, Schweiz, von Jörg Krummenacher	11
EDK, AVS, FHNW – das Bermudadreieck der Eigenmächtigkeit	14
Starke Schule beider Basel 4.6.2019, Felix Hoffmann	14
Die Städte rüsten die Schulen digital auf	16
NZZ 18.6.2019, Jörg Krummenacher	16
Die Bildungsdaten gehören allen.....	18
NZZ 18.6.2019, Meinung und Debatte, Larissa Rhyn	18
Hausaufgabenhilfe 2.0	19
Tages-Anzeiger 17.6.2019, Kultur& Gesellschaft, von Aleksandra Hiltmann	19
Bildungsvergleich und Lehrplan 21	21
NZZ 12.6.2019, Zuschriften	21
Bildungsbürokratie	21
NZZ 11.6.2019, Zuschriften	21
Es lässt aufhorchen, dass einige Junglehrer wieder aussteigen.....	22
St. Galler Tagblatt 18.6.2019, Meinung, Leserbriefe.....	22



Götterdämmerung in der Pädagogik

22.6.2019, Hanspeter Amstutz

Gegen Ende der Unterstufe packte mein Sohn eine **Leidenschaft fürs Lesen**. Er las vom Globi-Buch bis zu den Seefahrtsgeschichten so ziemlich alles, was er in seiner Kinderbibliothek vorfand. Leichtere Lektüre bewältigte er meist liegend im Bett und dabei schien er beim Lesen kaum zu übermüden. Doch einmal fand ich ihn aufrecht sitzend an seinem kleinen Pult, wo er hoch konzentriert ein Buch las. Er war vertieft in die tragische Geschichte von Scotts Wettlauf zum Südpol. Auf die Frage, warum er denn diesmal nicht im Bett das Buch lese, entgegnete er: «Das Buch ist wahnsinnig spannend, aber wenn ich es nicht genau lese, komme ich nicht mehr mit. Ich muss mich voll konzentrieren.»

Die Begebenheit zeigt, dass man eine Geschichte auf ganz verschiedene Weise lesen und im besten Fall verinnerlichen kann. Ich glaube nicht, dass uns flüchtiges Lesen an Computerbildschirmen noch **in den Mussezustand einer vertieften Auseinandersetzung mit einem Text** führt. Man pickt sich ein paar Informationen heraus, um möglichst rasch wieder antworten zu können. Mit der Zeit gewöhnen sich viele ans Überfliegen von Texten, was ein Eintauchen in die geschilderte Welt oder ein umfassendes Verstehen von Zusammenhängen erschwert.

Carl Bossard weist in seiner brillanten Zusammenfassung eines Buchs von Jürgen Kaube darauf hin, dass unsere auf **rasches Aufnehmen ausgerichtete Lesekultur** der Oberflächlichkeit Tür und Tor öffnet. Und Gottlieb Höpli doppelt mit seiner Kolumne über das hastige Lesen am Bildschirm eindrücklich nach.

Ein Dauerbrenner der pädagogischen Unruhe sind die **gescheiterten didaktischen Konzepte** praxisferner Hochschuldozenten. Es rächt sich jetzt, dass man an den meisten Pädagogischen Hochschulen zeitweise glaubte, auf den Einsatz berufserfahrener Lehrpersonen als Fachdidaktiker verzichten zu können. Mit einiger Verblendung wurde verkündet, die neuen Erkenntnisse in der Fachdidaktik seien den bisherigen Methoden weit überlegen. Den Fachdidaktikern aus der Volksschule wurden so viele Auflagen für ihre Tätigkeit an den Hochschulen gemacht, bis sie fast ausnahmslos kündigten.

Das Feld war danach offen für **den vermeintlich grossen Sprung nach vorn**. Laufend wurden neue Dogmen verkündet, die alles Bisherige in den Schatten stellen sollten. Sprachenlernen gelinge besser durch ein spielerisches Sprachbad statt über einen mühsamen Weg mit viel Üben und dem Aneignen von elementarer Grammatik. In der Mathematik waren die Forscher überzeugt, mit entdeckendem Lernen kämen die Schüler viel weiter als mit dem Vermitteln mathematischer Grundkenntnisse durch sorgfältige Instruktion.

Doch in diesen Wochen folgte eine schon fast brutale Ernüchterung. In Frankreich herrscht Alarmstimmung, nachdem festgestellt wurde, dass **die Defizite der Schüler in elementarer Mathematik enorm sind**. Das Bildungsministerium versucht nun das Steuer herumzureissen, indem es den Schulen eine Radikalkur für instruierendes Lernen verordnet. Im Beitrag von Alain Pichard und Astrid Baumann wird diese schon fast unglaubliche Kehrtwendung ausführlich erläutert.

Doch auch bei uns besteht kein Grund, sich auf die Schulter zu klopfen. Die Resultate der nationalen Tests zur Überprüfung der Grundkompetenzen in Mathematik waren alles andere als erfreulich. Bei der Erziehungsdirektorenkonferenz **herrscht grosse Ratlosigkeit**, da die Ergebnisse überhaupt nicht den Erwartungen entsprechen.

Unsere Autoren und Leserbriefschreiber sehen das Grundübel in den Fehlentwicklungen im didaktischen Bereich. **Verloren gegangen sei der Dialog auf Augenhöhe zwischen den Hochschuldozenten und den Schulpraktikern**. Irgendwie erinnert das Verhalten



tonangebender pädagogischer Akademiker an die vertrackte Situation in der grossen Politik, wo eine in vielen Fragen abgehobene politische Elite die Sorgen eines Grossteils der Bevölkerung gar nicht kennt.

Die den Puls des pädagogischen Geschehens erlebenden Lehrerinnen und Lehrern sind aufgerufen, das Heft wieder in die Hand zu nehmen. Konkret heisst dies, dass sie sich nicht länger zurückhalten, **den Abbruch erfolgloser und teurer Schulexperimente unmissverständlich zu fordern**. Sicher wird sich die Lehrerschaft dabei innovativen Neuerungen nicht verschliessen, aber die ungeprüfte Übernahme weltfremder Konzepte darf nicht länger zum Schaden unserer Jugend hingenommen werden.

Werfen Sie einen Blick auf unseren Newsletter. Namhafte Autorinnen und Autoren setzen sich mit den aktuellen Fehlentwicklungen auseinander und plädieren für ein konstruktives Umdenken in der Pädagogik. Das ist doch eine gute Sache.

Für die «Starke Volksschule Zürich»

Hanspeter Amstutz

Verblödet Schule? fragt Jürgen Kaube

Journal21 14.6.2019, von Carl Bossard

Zuhaut erscheinen Bücher über Bildung. Vielfach beleuchten sie Nebenaspekte. Inspirierend für eine ganzheitliche Sicht dagegen wirkt Jürgen Kaubes Plädoyer. Mag es provokant sein, es reduziert auf Wesentliches.

Vertiefen und zum Denken anleiten! Das soll die Schule. Doch wer Tiefblick will, muss Höhe haben. Und in Höhen hinaufsteigen verlangt Ausdauer, ist manchmal eine Strapaze, ja eine Plackerei. Da gibt es keine asphaltierte Schnellstrasse, perfekt planiert und klinisch gesäubert von jedem noch so kleinen Hindernis. Das weiss jede Alpinistin, das kennt jeder Bergsteiger. Berge fordern anderes. Lernen gleicht diesem anspruchsvollen Bergaufprozess. „Lernen ist Arbeit, Umgang mit widerständigen Materien“; es beinhaltet „lange Durststrecken“, schreibt der FAZ-Herausgeber Jürgen Kaube in seiner pointierten Streitschrift zum deutschen Bildungswesen und zur deutschen Schule. Vermutlich vom Verlag animiert, fragt er vieldeutig: „Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder?“¹

Die aktuelle Schule – eine Fehlkonstruktion?

Kaube ist Bildungsexperte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung FAZ, Autor wissenschaftlicher Bücher² und Vater zweier Töchter. Aus dieser Perspektive formuliert er seine provokative These, die Schule sei in der heutigen Form eine Fehlkonstruktion – mit ihrer künstlich konstruierten Komplexität und ihren widersprüchlichen Aufgaben, in ihrem Auftrag hoffnungslos überlastet und überfrachtet. Kaube diagnostiziert eine Flucht aus dem Eigentlichen und Wesentlichen, dem konzentrierten und eigenständigen Lernen und Nachdenken, ins Vielerlei und Oberflächliche.

Es ist, so Kaubes Analyse, „ein allgemeines Merkmal der gegenwärtigen Schule: dass in ihr ständig alles unterbrochen wird. Ständig wechseln die Themen, nichts wird eingängig, ausgeruht, tief behandelt. Niemand lässt sich Zeit, alle schauen auf die Uhr. Auch die Lehrmaterialien machen diesen nervösen Eindruck. Sie halten keine Form der Zuwendung

¹ Jürgen Kaube (2019), Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder? Berlin: Rowohlt, S. 97, 170.

² Ders. (2015), Im Reformhaus. Zur Krise des Bildungssystems. Springe: zu Klampen Verlag; ders. (Hrsg.) (2009), Die Illusion der Exzellenz. Lebenslügen der Wissenschaftspolitik. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.



zu den Schülern durch, sondern sind immer um Abwechslung bemüht. Auf jeder Seite steht ein Kasten, der noch einmal etwas Besonderes mitteilt. Auf jeder zweiten Seite wechselt das Thema. Es ist, als ob den Schülern vor allem Multitasking eingetrichtert werden soll, die Fähigkeit, innerhalb kürzester Zeit zu anderen Formaten, Themen, Denkleistungen zu wechseln.“³

Üben und vertiefen

Diese Hektik führt oft zu einer inhaltsleeren Form des Unterrichts; sie verweist darum auf ein Kernproblem. Die Schule hat, kommentiert Kaube, vielerorts den Sinn für Wiederholung, Übung, Einübung verloren. Wo immer jemand sie verlangt, rege sich Protest: Das sei nicht kreativ, sondern autoritär und „old style“, das sei nicht individuell und kindgemäss, nicht selbstwirksam und „irgendwie nicht schön“.⁴ Doch Denken setze angeeignetes und an Inhalten geübtes Wissen voraus – nicht kurzfristig im Netz ergoogelte Informationen.

Wenn Bildungsidee und Wirklichkeit nicht übereinstimmen

Hart ins Gericht geht der Autor darum mit jenen „Didaktikern, Lerntheoretikern, Methodenerfindern“, die den pädagogischen Reformeifer über alles stellen. Zusammen mit ihren erziehungswissenschaftlichen Begleitforschern, unterstützt von reformfreundigen Bildungsbürokratien und einer an lukrativem Gewinn orientierten Weiterbildungs- und Lehrmittelindustrie, hätten sie oft ohne Not und Nachweis Innovationen eingeleitet und tradierte Verfahren aufgegeben. Die Folgen dieser „Unterrichtsverrücktheiten“ spürten die Praktiker an der Front – und vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien.

Die Wahrheit ist konkret: Als eines von mehreren Beispielen wenig durchdachter Reformen nennt Kaube – etwas langatmig – die Methode „Schreiben nach Gehör“. Der Reformvorschlag sei nicht von einem Missstand bei den Rechtschreibeleistungen ausgegangen, sondern von einer gefühlten Differenz zwischen wirklichem Unterricht und vorgestelltem Unterrichtsideal. Der traditionelle Rechtsschreibeunterricht wurde also nicht kritisiert, weil er zu ungenügenden Ergebnissen geführt hatte. Ganz im Gegenteil! Er wurde um 1980 radikal umgebaut, weil Lerntheorien das alte Verfahren für nicht kindgerecht erklärten und die Orthographie als Korsett betrachteten. Ein neuer Denkansatz funktionierte zudem die Lehrerrolle um und degradierte den Pädagogen zum Coach und Lernbegleiter, während das selbstorganisierte Lernen verklärt wurde.

Schulen sind keine Lernfabriken für den Arbeitsmarkt

„Was macht gutes Lernen aus?“, lautet Kaubes knappe Kernfrage. In die Tiefe vordringen, unterscheiden lehren und so das Denken fürs Allgemeine schulen – mit konzentriertem, eigenständigem Nachdenken. Darin und nur darin sieht der Autor den Grundauftrag von Schule und Unterricht. Das ist wichtig und sympathisch als Gegenpol zur effizienzbetonten Kompetenzorientierung der aktuellen Schule, doch man fragt sich, was ein Unterricht längerfristig bewirken kann, der nicht zum Denken anregt.

Deutlich stärker als dieser eher blass gebliebene Lernzielgedanke wirkt Kaubes Kritik an der konsequenten Ausrichtung der Bildung auf den Arbeitsmarkt. Die Gesellschaft braucht keine Lernfabriken für den Arbeitsmarkt. Die angestrebte Ökonomisierung der Schule gefährdet zudem ihre Autonomie. Und diese Freiheit verteidigt Kaube. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich auf das Kerngeschäft Unterricht konzentrieren können. Nur schon deshalb hat die Schule – auch und gerade in den Zeiten sozialtechnologischer und ideologischer Steuerungs- und Indoktrinationsphantasien – ein Ort der Freiheit zu bleiben.

³ Kaube (2019). S. 140.

⁴ Ebda, S. 144.



Lektüre als Denkschule

Wie ein Bergführer lotet Kaube klug durch das zerklüftete Reformgebirge deutscher Pädagogik. Sein Buch, so DIE ZEIT, sei auch eine Denkschule für Leser, die sich für Schule im engeren Sinne gar nicht interessierten. Am Gegenstand Schule führe der Autor exemplarisch vor, was er sich als Ideal für den Unterricht vorstellt: „an einer Stelle des Stoffes in die Tiefe vorzudringen und die naheliegenden Irrtümer von den belastbaren Erkenntnissen zu sondern.“⁵ Angesprochen und zur Lektüre verpflichtet fühlen müssten sich vor allem auch Schulpolitiker und Erziehungswissenschaftler.

Bildschirmlesen kann Verstehen gefährden

Tagblatt, 18.6.2019, Kolumne von Gottlieb Höpli

Gemäss einer Studie ist Lesen auf gedrucktem Papier für Lernende förderlicher als auf Bildschirmen. Vor allem das Buch sollte im Zeitalter der Digitalisierung nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte landen.

Als Ernest Hemingway gebeten wurde, eine Geschichte in sechs Wörtern zu erzählen, antwortete er mit dem folgenden Beispiel: «For sale: Baby shoes. Never worn.» (Zu verkaufen: Baby-Schuhe. Nie getragen.) Herzerreissend. Aber nur für den, der zu lesen weiss. Hinter den alltäglichen Wörtern verbirgt sich die Geschichte eines ungeborenen oder vielleicht totgeborenen Kindes. Verbirgt sich die Verzweiflung der Eltern, welche die Erinnerung an das tote Kind nicht mehr ertragen – vielleicht sind sie auch arm und zum Verkauf gezwungen.

In die Dimensionen hinter den sechs banalen Wörtern einzudringen, das nennen Leseforscher «tiefes Lesen». Es ist eine unschätzbare Qualität – und ein Kulturgut, das im Zeitalter der Digitalisierung in Gefahr ist. Darauf weist die Erklärung von 130 europäischen Wissenschaftlern hin, die sich disziplinenübergreifend – als Neurolinguisten, Sprach-, Lese- und Lernforschern und Sozialwissenschaftler – in einer grossangelegten vierjährigen Forschungsinitiative namens E-READ mit der Zukunft des Lesens im Zeitalter der Digitalisierung befasst haben. Ihre «Erklärung von Stavanger» verdient die Beachtung jedes Einzelnen, der sich beruflich mit Fragen des Lesens und Lernens auseinandersetzt.

Die Erklärung von Stavanger ist die differenziert dargelegte Erkenntnis, dass Bildschirme und bedrucktes Papier nicht gleichwertig sind. Was angesichts der rasend schnell vorangetriebenen Digitalisierung bedeutet: Es besteht Grund zur Sorge um das Lesen gedruckter Texte. Dieser Druck, der ja auch ein kommerzieller Druck zur möglichst schnellen und möglichst vollständigen Digitalisierung ist, muss hinterfragt werden. Die gängigen Floskeln vom Rückstand in der Digitalisierung gegenüber den Anderen, Schnelleren, Besseren, wie sie von der Politik gerne übernommen werden, sind manchmal blosses Nachplappern der Digitalisierungs-Lobbyisten, die sich mit immer neuer Hard- und Software eine goldene Nase verdienen.

Es droht der Verlust des «tiefen Lesens»

Die Forschergemeinschaft aus 34 Ländern hält fest, dass digitale Texte zwar «ausgezeichnete Möglichkeiten bieten, die Textpräsentation auf individuelle Präferenzen und Bedürfnisse abzustimmen» (zum Beispiel im Unterricht). Leser neigten allerdings beim Lesen digitaler Texte «eher zu übersteigertem Vertrauen in ihre Verständnissfähigkeiten als beim Lesen gedruckter Texte». Überfliegen und geringere Konzentration auf den Inhalt

⁵ Jens Jessen, Der Irrsinn leuchtet einen an, in: DIE ZEIT, 23.05.2019, S. 46.



sind die Folge. Es droht der Verlust des «tiefen Lesens», vor allem bei längeren Texten. Das Verständnis des Gelesenen sinkt.

Bedrucktes Papier, vor allem das Buch, sind dem Verständnis, der Konzentration, dem Aufbau eines Wortschatzes und dem Gedächtnis förderlicher als der Bildschirm, schreiben die Forscher. Das hat damit zu tun, dass der Mensch nicht nur mit den Augen und dem Hirn, sondern mit dem ganzen Körper liest. Die Eigenschaften des Körpers bestimmen mit, was wir lernen, wissen und tun können. «Dieser Faktor wird von Lesern, Erziehern und sogar Forschern unterschätzt», heisst es in der Stavanger-Erklärung.

Wichtig sei deshalb, dass Schüler und Studierende immer wieder zur Lektüre gedruckter Bücher motiviert würden. Lehrer und Erzieher müssten wissen, dass «der rasche und wahllose Ersatz von Druckwerken, Papier und Stift durch digitale Technologien im Primarbereich nicht folgenlos bleibt». Er könne zur Verzögerung in der Entwicklung des kindlichen Leseverständnisses und des kritischen Denkens führen. Könnte das «flachere» Bildschirmlesen nicht sogar zum Standardmodus des Lesens werden? Mithin Anfälligkeit für Fake News, Einseitigkeit und Vorurteile fördern? fragen die Leseforscher.

Vielleicht haben Leute wie der Direktor der ETH-Bibliothek, der alle Bücher digitalisieren und aus der Bibliothek entfernen will, zu viel am Bildschirm gelesen. Was zur Gefahr führt, dass sie ihrer Aufgabe nicht mehr völlig gewachsen sind.

Wieso Lehrer so wichtig sind

Tages-Anzeiger 8.6.2019, Mamablog von Regula Portillo, Freie Texterin und Autorin

Bald ist ein Schuljahr vergangen, seit wir von Deutschland in die Schweiz gezogen sind. Unsere Kinder haben nicht nur einen Klassenwechsel, sondern auch einen Schul- und Systemwechsel hinter sich. In Frankfurt erfolgt der Übertritt in die weiterführende Schule bereits nach der vierten Klasse, dementsprechend dicht war das Programm in den ersten Schuljahren. Wir blicken zurück auf drei Klassen, vier Lehrpersonen und unterschiedliche Erfahrungen:

Unsere Söhne, Zwillinge, besuchten in ihrer öffentlichen Grundschule in Frankfurt getrennte Klassen. Sohn A war bei einer Lehrerin etwas älteren Semesters, die als besonders streng und gleichzeitig als sehr engagiert galt. Beides bewahrheitete sich zu 100 Prozent.

Obwohl ich mit ihrer strengen Art zu unterrichten und den vielen Hausaufgaben nicht immer einverstanden war und mir gewünscht hätte, die Kinder könnten länger nur Kind sein, beobachtete ich mit Bewunderung, wie sie es schaffte, zu jedem einzelnen Kind in ihrer Klasse eine nahe und von gegenseitigem Wohlwollen geprägte Beziehung aufzubauen. Für «ihre» Kinder hätte sie ihr letztes Hemd gegeben, und als wir ihr den bevorstehenden Umzug ankündigten, brach sie in Tränen aus.

Unser Sohn empfand seine Lehrerin ebenfalls als sehr streng, hatte sie gleichzeitig aber auch unheimlich gern - und dass er bei ihr sehr viel gelernt hat, steht ausser Frage.

Der Lehrer von Sohn B war nett und von der Art her etwas lockerer, doch es gelang ihm nur vereinzelt, die Kinder und deren Vertrauen für sich zu gewinnen. So auch bei unserem Sohn: Nie hätte dieser in Erwägung gezogen, mit einem Problem oder Anliegen auf seinen Lehrer zuzugehen. Bis zum Schluss fielen ihm Gespräche mit seinem Lehrer tendenziell schwer.

Auch unter diesen Voraussetzungen hat unser Sohn seine ersten drei Schuljahre «erfolgreich» überstanden, doch die Freude, mit der er sich in den sogenannten



Vorschulgruppen des Kindergartens auf Chemieexperimente, Zahlenrätsel oder Forschungsaufgaben gestürzt hatte, war innert Monatsfrist verschwunden.

In Bern besuchen unsere Buben zusammen eine Klasse. Eine Klasse, die sie von Anfang an mit offenen Armen überaus herzlich aufgenommen hat. Schulisch wird auch hier einiges verlangt, doch im Vergleich zu den ersten drei Schuljahren war das vierte Wellness. Und das im positivsten Sinn des Wortes.

Ermöglicht hat diese Entwicklung ganz entscheidend die gute Schüler-Lehrer-Beziehung. Innert kurzer Zeit hatte sich diese so weit gefestigt, dass sich beide Kinder in einem für sie sehr angenehmen Lernumfeld bewegten. Auffällig ist diese Veränderung insbesondere bei Sohn B, der auf einmal sichtlich lieber in die Schule geht und anders als früher auch oft vom Unterricht und seinen beiden Lehrpersonen berichtet, die er sehr gerne mag.

Inzwischen bin ich der Meinung, dass eine persönliche Bindung und gute Beziehung zu den Lehrpersonen wichtiger ist als die Schulform an sich. Denn ob freies oder angeleitetes Lernen, benotete, nicht benotete oder überhaupt keine Tests, Hausaufgaben, keine Hausaufgaben, frontaler oder spielerischer Unterricht - viel relevanter ist, wie ich zur Person stehe, die mich in diesem Prozess begleitet.

Denke ich an meine eigene Schulzeit zurück, bestätigt sich diese Annahme: Frei, interessiert und gern habe ich dort gelernt, wo mir die Lehrerin oder der Lehrer auch persönlich nahestand.

Der Abstieg der Grande Nation in Sachen Mathematik

Condorcet Bildungsperspektiven 12.6.2019, Alain Pichard und Astrid Baumann

Nicht nur in der Schweiz oder in Deutschland staunt man über die sinkenden Mathematikleistungen unserer Schülerinnen und Schüler im Vergleich zur asiatischen Konkurrenz. In Frankreich ist man schockiert und setzt jetzt auf renommierte Mathematiker. Dr. Astrid Baumann (Uni Frankfurt) und der Mathematiklehrer der Sekundarstufe 1, Condorcet-Autor Alain Pichard berichten.

Als 1995 die erste internationale Schüler-Olympiade Trends in International Mathematics and Science Study (TIMSS) abgehalten wurde, war Frankreich mit seinen Achtklässlern ohne Zögern und mit grosser Zuversicht dabei. Die Nation von Descartes und Marie Curie landete schliesslich auf Platz 13, was als Schock empfunden wurde.

Frankreich reagierte wie die Basler Bildungsdirektion nach ihrem PISA-Debakel im Jahr 2000. Um eine weitere Blamage zu vermeiden, nahm man sich eine Auszeit. In der Zwischenzeit investierte der französische Staat Milliarden von Euros in Kinderkrippen und Frühförderung. Zudem wurde der Mathematikunterricht reformiert. Mit der Kompetenzorientierung führte man (wie in Deutschland und mit Einschränkung auch in der Schweiz) durch die Hintertür eine neue Lehrmethodik ein. Die kompetenzorientierten Mathematik-Lehrbücher waren fortan deutlich anders strukturiert als herkömmliche, die dem logischen Aufbau der Mathematik folgten: mathematische Wissensbestände wurden darin nicht mehr konsequent aufgebaut und eingeübt. Konstruktivismus und textlastige, weil problemorientierte Aufgaben dominierten die Unterrichtszeit. Das schriftliche Dividieren wurde abgeschafft, das Üben zugunsten eines entdeckenden Lernens zurückgefahren.

2015 trat das Land wieder an. Die neue Mathematikgeneration hatte von Geburt an all die kostspieligen Reformen für ein optimales Entwicklungsumfeld nutzen können. Sie waren die Generation, mit der Frankreich in die industrielle Elite zurückkehren wollte. Und



wiederum war Zuversicht gross, weil man ja die Ratschläge der Erziehungsexperten konsequent umgesetzt hatte.

Das Ergebnis war niederschmetternd! Frankreich landete auf dem 35. Platz – hinter Qatar und Abu Dhabi. Verzeichnen die ostasiatischen Sieger unter 1.000 Kindern 320 (Japan) bis 500 (Singapur) Mathe-Asse, sind es in Frankreich nur 25. Selbst beim ebenfalls wankenden deutschen Nachbarn sind es 53. Deutschland war – dies als Zwischenbemerkung – zwischen 2007 und 2015 nur vom 12. auf den 24. Platz gefallen.

Drei Jahre später bestätigt die OECD das kognitive Fiasko Frankreichs. Bei den Einwanderern mit der allerniedrigsten Qualifikation liegt es im Klub der 36 hochentwickelten Nationen auf dem letzten Platz. 21 Prozent der Zuwanderer sind nahezu unbeschulbar.

Und jetzt droht weiteres Ungemach. 2017 schaffte Frankreich 8000 Patentanmeldungen. Das ist nur die Hälfte der dynamischen Südkoreaner, die es auf über 16'000 Eingaben brachten, obwohl ihr Land deutlich weniger Einwohner als Frankreich zählt.

Bis anhin haben die industrialisierten westlichen Staaten es hinnehmen können, dass die Billigproduktion ins Ausland, sprich in den asiatischen Raum verlagert wurde. Das grosse Geld wurde ja weiterhin mit Innovationen, sprich mit Patenten, verdient. Sollte nun die asiatischen Länder uns dank ihren wesentlich besseren Mathematikleistungen in der Patentzahl überflügeln, geht es ans «Eingemachte».

Das war auch der französischen Regierung klar. Der französische Bildungsminister Jean-Michel Blanquer beauftragte deshalb Ende 2017 die Mathematiker Cedric Villani und Charles Torossian, die Probleme des Mathematikunterrichts an französischen Schulen zu analysieren und Vorschläge zur Verbesserung auszuarbeiten.

Renommierter Mathematiker sollen Frankreich retten

Cedric Villani, gehört sicherlich zu den schillerndsten mathematischen Charakteren unserer Zeit und ist der mathematischen Community wohlbekannt: Mathematikprofessor an der Universität von Lyon, Fields-Medaillen-Gewinner 2010, Direktor des Institut Henri Poincaré von 2009 bis 2017. Der zweite Autor, Charles Torossian, ist ebenfalls ein „echter“ Mathematiker und Forscher am CNRS (centre national de la recherche scientifique). Binnen 4 Monaten lieferten die beiden Leuchttürme der französischen Mathematikergilde zusammen mit 20 weiteren Experten einen 100-seitigen Bericht ab, der insgesamt 21 Vorschläge enthält, wie man aus der Mathematikmisere herauskommen könnte.

21 Massnahmen, die einem Rundumschlag gegen die Bildungsreformen gleichkommen

Beim Lesen des Berichts fällt auf, dass sich die beiden Wissenschaftler klar von jeglicher utilitaristischen Sicht der Mathematik distanzieren. Natürlich würden in Zukunft mehr Informatiker und Naturwissenschaftler (also gute MathematikerInnen) gebraucht, trotzdem sei es ihnen aber vor allem um Mathematik als ein Fach „für aufgeklärte Bürger“, um die Reduktion des „Leidens der Schüler“ und um die Querbezüge zu anderen Fächern gegangen, erklärten die Verfasser des Berichts. Entsprechend gelte es, wieder mehr Interesse und Spaß an dem Fach an sich zu wecken.

Und erstaunlich ist auch, dass die beiden nicht – wie viele Bildungsexperten und -politikerInnen – einfach mehr Geld fordern. Ihre verblüffende Forderung: Es müsse einfach anders unterrichtet werden.

Zurückfahren des entdeckenden Lernens

Neben einer drastischen Reform der Ausbildung der Lehrkräfte (auf die wir hier nicht eingehen) lassen die Änderungsvorschläge für den Unterricht aufhorchen:



Villiani und Tossiani verlangen das Zurückfahren des entdeckenden Lernens zugunsten strukturierter, aufbauender Lerneinheiten. Mehr Zeit in der Grundschule für Ausprobieren, Üben, das absolut sichere Erlernen des Zahlenraums zwischen 70 und 99.

Die Lernenden sollen ab der 1. Klasse an die vier Grundrechenarten herangeführt werden. Grössenordnungen und Masse sollen dabei besonders hervorgehoben werden. Rechenerfertigkeiten sollen durch häufiges Üben gefestigt werden (Kopfrechnen, Überschlagsrechnungen usw.), um später auch anspruchsvolle und motivierende Aufgaben bearbeiten zu können. Dabei müsse man auf Verständlichkeit achten und stupides Anwenden von „Kochrezepten“ vermeiden.

Neben der Einführung von Standards verlangt die Expertengruppe wieder auf einen klar geführten lehrerzentrierten Unterricht umzuschwenken. Tossiani: «Wir sehen zu viele Unterrichtsstunden, die der Aktivierung der Schüler dienen sollen, in denen sie aber nichts Strukturiertes lernen, das sich in einen größeren Kontext einfügt, oder sogar überhaupt nichts lernen. Die Schüler verlassen den Klassenraum, und wenn man sie fragt, was sie gemacht haben, erhält man ausweichende Antworten der Bauart „Wir haben versucht, die Länge eines Gartenzauns zu berechnen!“ (Ilka Agricola im Gespräch mit Charles Torossian in „Mitteilungen der Deutschen Mathematiker- Vereinigung“ Dez. 2018).

Ebenfalls spannend ist der Verweis auf die Singapur-Methode. Gemeint ist ein idealtypischer Mathematikunterricht, wie er u. a. in Singapur extrem konsequent (und unter optimalen, allerdings nur bedingt übertragbaren Bedingungen – etwa: homogene Schülerschaft, anderer kultureller und gesellschaftlicher Stellenwert der Bildung ...) seit einigen Jahrzehnten sehr erfolgreich umgesetzt wird.

Zum ersten Mal wird hier anerkannt, dass der ostasiatische Mathematikunterricht nicht einfach nur auf sinnloses Pauken und Auswendiglernen beruht (wobei dies freilich immer noch in hohem Masse gilt), sondern ein konsequent ein logisch aufgebautes Mathematikkonzept verfolgt.

Es wird ausserordentlich spannend sein zu verfolgen, wie sich der Mathematikunterricht in unserem westlichen Nachbarland entwickelt und wie erfolgreich die von den beiden Mathematikern Villiani und Tossiani geforderten Massnahmen umgesetzt werden. *Affaire à suivre!*

Alain Pichard und Astrid Baumann

Warum sind die Lehrer in Aufruhr?

Zeit-Fragen 18.6.2019, von Claude Meunier-Berthelot, französische Buchautorin, Juristin und Lehrerin

zf. Der nachfolgende Beitrag aus Frankreich macht deutlich, dass dort dieselben pädagogisch unsinnigen Reformen wie in der Schweiz, in Deutschland und anderen europäischen Ländern durchgezogen werden. Auch dort scheinen die verantwortlichen Politiker immun gegen sämtliche pädagogisch begründeten Einwände und Bedenken, gegen jedwede didaktische Erfahrung, gegen entwicklungspsychologische Fakten und anthropologische Gegebenheiten. Und auch dort werden die Reformen unter teilweise vordergründig wohlklingenden, teilweise unsäglich nichtssagenden Begriffen präsentiert. Wem soll das dienen?

Angesichts der Dürftigkeit der Kommentare zum Gesetzesentwurf des französischen Bildungsministers *Jean-Michel Blanquer* zur sogenannten «Schule des Vertrauens» (!) ist



man perplex über die Unfähigkeit der Journalisten, das Wesen des Themas zu verstehen und der Öffentlichkeit mitzuteilen. Daneben gibt es auch solche, die das System bestens verstehen und mit ihrer gewohnten Arglist die Realität verschleiern, um der Staatsmacht zu dienen. Wer diesen Ablauf nicht versteht, täte gut daran, den Film zurückzudrehen, mindestens bis zu den Reformen von *Claude Allègre* [Bildungsminister von 1997–2000, Anm. d. Übers.]. Dieser Rückblick würde wenigstens erlauben, die Logik des Systems zu verstehen, auch wenn der Abbau des französischen Bildungssystems in Wirklichkeit schon viel früher begann.

Eine Reform, die keine ist ...

Wenn man das Vorgehen von Herrn Blanquer analysiert, wird schnell klar, dass dieses Projekt keineswegs eine grundlegend neue Reform darstellt, ganz im Gegenteil!

Es ist nur eine Fortsetzung der Politik seiner Vorgänger auf der Grundlage der 1999 von Claude Allègre veröffentlichten «Charta zum Aufbau der Schule des 21. Jahrhunderts», die in der Verwandlung des Schulsystems in einen Ort des Lebens für unsere Kinder bestand – was *Jack Lang*, Bildungsminister von 2000–2002, so formulierte: «Die Schule muss ein Lebensraum sein!» Diese Revolution ist gekennzeichnet durch das Verschwinden des durch Unterricht vermittelten Wissens und dessen Ersatz durch Aktivitäten, bei denen die Schüler sich ihr Wissen selber erarbeiten sollen. Mit anderen Worten, die Schule ist keine Schule mehr.

Da die Bedürfnisse in einer Unterrichts-Schule offensichtlich nicht die gleichen sind wie in einer Lebensraum-Schule, folgt, dass die Institutionen, die Organisationsform und die Personalrekrutierung angepasst werden müssen: Das ist das Ziel der ergriffenen Massnahmen.

Die Aktivitäten von Bildungsminister Blanquer sind daher Teil der Umsetzung dieser Charta, die schrittweise von den verschiedenen Ministern, die an der Spitze des Bildungsministeriums aufeinander folgten, «methodisch, progressiv und konfliktfrei» umgesetzt werden, wie Jack Lang, als Nachfolger von Claude Allègre, dies Anfang der 2000er Jahre empfahl. [Mehr...](#)

Fluch und Segen der Privatschulen

Tagblatt St. Gallen 17.6.2019, Kolumne von Mario Andreotti

Die Nachfrage nach Plätzen an privaten Lehrinstituten steigt. Öffentliche Schulen bleiben aber ein wichtiger Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft, doch müssen sie in Zukunft auch wieder verstärkt ihrem Kernauftrag gerecht werden.

Privatschulen werden, nicht zuletzt durch den Pisa-Schock, immer beliebter. In den letzten Jahren sind private Institute wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Zahl privat unterrichteter Schüler hat stark zugenommen. Warum sind immer mehr Eltern bereit, für ihre Kinder auf die staatlichen, weitgehend kostenlosen Schulen zu verzichten und stattdessen auf zum Teil sehr teure Privatschulen zu setzen? Die Gründe dafür sind vielfältig, decken doch die Privatschulen ganz unterschiedliche pädagogische Konzepte und Weltanschauungen ab. Da finden sich konfessionelle Schulen, die – so ihr Leitbild – für christlich-humanistische Werte stehen, neben säkularen, besonders teuren Internaten. In diesen bleiben die Söhne und Töchter der Reichen unter sich. Oder es gibt Schulen, die, wie etwa die Montessori- und Rudolf-Steiner-Schulen, reformpädagogische Alternativen zur staatlichen Schule anbieten, oder gar solche für besonders begabte Jugendliche im musischen und sportlichen Bereich.



Dass Privatschulen im Trend liegen, kommt nicht von ungefähr. Ein Grossteil des Wachstums erklärt sich damit, dass immer mehr Eltern glauben, ihre Kinder seien in den öffentlichen Schulen entweder unter- oder überfordert. Das Letztere betrifft vor allem die staatlichen Gymnasien, deren Druck viele Schüler nicht standhalten und die deshalb den Weg zur Matura über Privatschulen suchen, wo sie sich besser betreut fühlen und auch mehr Zeit für ihre Entwicklung haben. Dass Privatschulen oftmals auch Sammelbecken für Schulversager sind, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Indessen darf auch gesagt werden, dass Schüler, die in den öffentlichen Schulen durch das Raster fallen, in privaten Einrichtungen bisweilen aufblühen.

Ausdruck des Misstrauens

Die steigende Nachfrage nach Privatschulen hat aber nicht nur mit Problemkindern zu tun. Sie ist auch Ausdruck des Misstrauens gegenüber einer staatlichen Schule, in der die Schüler, schon in der Unterstufe, vor Computer gesetzt und mehr oder weniger allein gelassen werden. Auf diese Weise spielt die für den Lernerfolg der jungen Menschen zentrale Beziehung zwischen der Lehrperson und den Schülern nur noch am Rande. Es sind oft die chaotischen Zustände an öffentlichen Schulen und damit die Verwirrungen innerhalb des Lehrkörpers durch ständig neue, pädagogisch fragwürdige Reformen, die Eltern dazu bringen, ihr Geld in die private Schulausbildung ihrer Kinder zu investieren. Hier werden die öffentlichen Schulen nicht darum herumkommen, sich erneut auf ihre pädagogischen Kernaufgaben zu besinnen.

Organisationen wie die «elternlobby schweiz» fordern die freie Schulwahl für alle. Danach sollen auch staatlich bewilligte Privatschulen öffentlich finanziert werden, so dass das Schulgeld für die Eltern entfällt. Eine Idee, die auf den ersten Blick einleuchtet, die sich bei genauerem Hinsehen aber als problematisch erweist. Denn sie bedeutet im Grunde die Abschaffung der Volksschule, jener öffentlichen Schule, die für einen demokratischen Staat eine unabdingbare Voraussetzung bildet. Dank ihr konnte sich eine Gesellschaft entwickeln, die es schafft, dass Kinder über alle sozialen, kulturellen und religiösen Grenzen hinweg miteinander aufwachsen, lernen und kommunizieren können. Würde der Bildungsbereich vollständig privatisiert, so bestünde die Gefahr, dass Kinder in Parallelwelten aufwachsen, dass es zu Ausgrenzungen und Ghettoisierungen kommt und sich die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft verstärkt.

In der Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, Privatschulen seien prinzipiell besser als staatliche Schulen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Zwar erzielen Privatschüler etwa bei Pisa ein höheres mittleres Leistungsniveau, das jedoch damit zu erklären ist, dass sie in der Regel aus bildungsnahen Elternhäusern kommen. Berücksichtigt man diese Herkunft, dann heben sich die Unterschiede weitgehend auf, dann schneiden unsere staatlichen Schulen, vor allem wenn sie ihren Kernauftrag ernst nehmen, ebenso gut oder sogar besser ab.

An den Schulen lebt der Filz

NZZ 22.6.2019, Schweiz, von Jörg Kruppenacher

Fussballtrainer werden bei Misserfolg oder Unstimmigkeiten gefeuert, die Mannschaft jedoch bleibt. Bei Schulleitern ist das oft umgekehrt: Sie bleiben, die Lehrkräfte aber müssen gehen. Mittendrin in akuten Fällen: zwei ehemalige Spitzensportler.

«Das Wichtigste ist, dass es den Lehrern und Schülern gut geht.» So sprach Mirko Spada



im Juli 2018, bevor er sein Amt als Schulleiter der Sekundarschule im thurgauischen Wigoltingen antrat. Zehn Monate später hat die Mehrzahl der Lehrkräfte gekündigt und begründet dies mit «mangelnden fachlichen und menschlichen Kompetenzen» der Schulleitung, was zu «einem immer grösseren Vertrauensverlust» geführt habe. Nicht nur Lehrkräfte, auch Schüler wandten sich gegen Mirko Spada und forderten ihn an einer Versammlung auf, «die Schule zu verlassen und somit die Schule geeignetem Personal zu überlassen». Es geht nicht mehr gut an der Sekundarschule.

Der Stil des Ex-Zehnkämpfers

Wigoltingen ist kein Einzelfall. Verwerfungen an Schulen häufen sich auffällig – von der Volksschule bis zur Hochschule. Mittendrin finden sich jeweils die Schulleitungen und Rektorate. Unterschiedliche pädagogische Ansichten gehören zum Lehrerzimmer, beispielsweise bei der Umsetzung des Lehrplans 21. Kommt es aber zur offenen Auseinandersetzung, liegt dies oft am Verhalten der Schulleitung, an Machtspielen und Überforderung. Manche Konflikte legen soziale, fachliche und kommunikative Inkompetenz der Schulleitungen wie auch der zuständigen politischen Behörden offen. Gelegentlich wappnen sich Schulleitung und Aufsichtsbehörde gegen Kritik, indem sie eine unrühmliche Seilschaft bilden. Jeder Fall hat seine eigene Geschichte.

Das [Beispiel Wigoltingen](#): Was ist passiert?

Die Sekundarschule, die idyllisch mitten im Grünen liegt, hat auf dieses Schuljahr hin ein neues Leitungsmodell eingeführt mit Mirko Spada als pädagogischem Leiter sowie einem organisatorischen Leiter. Spada, heute 50-jährig, war 1993 und 1994 Schweizer Meister im Zehnkampf und gründete 2001 die Nationale Elitesportschule Thurgau, die er bis zum Wechsel nach Wigoltingen leitete. Er förderte die heutigen Eishockeystars Timo Meier und Kevin Fiala sowie den erfolgreichen Behindertensportler Marcel Hug. Statt mit jungen, ambitionierten Sportlern hatte er es ab August 2018 mit Sekundarschülern und deren Lehrkräften zu tun. Das wollte nicht zusammenpassen.

Vor zwei Monaten wurde der Konflikt öffentlich, worauf sich Nathalie Wasserfallen, die Präsidentin der Volksschulgemeinde Wigoltingen, umgehend und «unmissverständlich», wie sie in einem Elternbrief schrieb, hinter die Schulleitung stellte. Den «betreffenden Lehrpersonen», also der Mehrheit der Mitarbeitenden, warf sie im Brief vor, «bewusst notwendige Entwicklungsschritte verhindern» zu wollen. Diese sahen sich daraufhin veranlasst, in einem offenen Brief «persönlich desavouierende und in unserer Berufsehre verletzende» Falschinformationen Wasserfallens zu korrigieren. Tatsache sei, dass die Schulleitung Veränderungen in einem Tempo durchziehen wolle, das weder sinnvoll noch wohlüberlegt sei. Hauptgrund für den Konflikt und die Kündigungen sei aber der Führungs- und Kommunikationsstil der Schulleitung.

Weder Mirko Spada, sein Schulleitungskollege noch Schulpräsidentin Wasserfallen zeigten sich bereit, zu Fragen der NZZ Stellung zu nehmen. Die Kommunikation ist bis heute intransparent, der pädagogische Hintergrund des Konflikts diffus. Nachdem Eltern von Sekundarschülern Aufsichtsbeschwerde gegen die Wigoltinger Schulbehörde eingereicht hatten, ist das Thurgauer Amt für Erziehung und Kultur aufsichtsrechtlich aktiv geworden und hat einen Fragebogen verschickt. Derzeit haben die Beteiligten Gelegenheit, ihre Sicht der Dinge kundzutun. Ein Vorstoss im Kantonsparlament beschreibt den Fall als «dramatisch».

Viele weitere Fälle

Führungsprobleme führen an diversen weiteren Schulen zu Verwerfungen. An den Bezirksschulen Küssnacht haben nach Kritik am Führungsstil des Rektors zehn Personen gekündigt. Der Rektor bleibt. Koni Schuler, Präsident des Schwyzer Lehrerverbands, stellt dazu in der «Luzerner Zeitung» fest, dass Probleme vor allem dort auftauchten, «wo



zwischen Politik und Lehrerschaft noch mehrere Hierarchiestufen eingebaut» seien. Weniger Probleme gebe es, wenn die Schulleitungen nahe der Basis seien.

An der Berufsschule Gesundheit und Soziales im aargauischen Brugg kam es zu mehreren Wechseln im Führungspersonal, zuletzt musste der Stellvertreter des Rektors mitten im Schuljahr «aufgrund divergierender Vorstellungen über Werte, Führung und Kommunikation» gehen. Der Rektor bleibt.

Auch an der Kantonsschule Sargans darf der Rektor bis heute im Amt bleiben, obwohl ihn das Bundesgericht im Konflikt um die Entlassung eines Mathematiklehrers wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt hat. Zudem hat der Rektor einräumen müssen, dass er ein weiteres Mal vorbestraft sei. Gegenüber seinem Arbeitgeber, dem Kanton St. Gallen, hatte er dies aber verschwiegen. Das sankt-gallische Bildungsdepartement stellt den Rektor ungeachtet dessen nicht infrage.

An weiteren Orten mussten Lehrkräfte im Konflikt mit Schulleitungen entnervt kündigen: 2017 kam es im Kanton Zürich gleich an vier Schulen zu Konflikten, in Winterthur nahmen an der Primarschule Brühlberg 18 Lehrkräfte wegen Schulleitung und Schulpflege den Hut, an der Primarschule in Ebnat-Kappel verliessen sechs Lehrpersonen wegen eines von der Schulleitung angerichteten Chaos das Schulhaus. In einem aktuellen Fall an der Schuleinheit Luberzen in Dietikon haben gleich 13 Lehrkräfte gekündigt, 4 davon nennen explizit den Konflikt mit der Schulleitung als Grund. Auch hier stellt sich die Schulbehörde gemäss «Limmattaler Zeitung» «voll und ganz» hinter die beiden Schulleiter, die erst relativ kurz im Amt sind.

Eine Frage der Macht

Die genannten Fälle stellen eine Auswahl von Schulleitungskonflikten dar, die eskaliert und an die Öffentlichkeit gelangt sind. Haften bleibt der Eindruck zunehmender Führungsmängel an Schulen, von Grabenkämpfen unter Pädagoginnen und Pädagogen. «Die Zahl der Konflikte hat sicher nicht abgenommen», sagt Bernard Gertsch, der den Schweizerischen Schulleiterverband (VSLCH) präsidiert. Gertsch glaubt jedoch nicht, «dass es mehr schlechte Schulleiter gibt als früher. Es gibt sehr viele, die sehr gut sind. Gestiegen sind aber die Anforderungen, so dass manche überfordert sind.» Schulleiter wirken auf einem Feld mit vielen Turbulenzen. Neben sozialer Kompetenz, ist Gertsch überzeugt, benötigten sie grosse Analysefähigkeit. Auch habe das Tempo der Veränderungen im Schulalltag zugenommen. Schulleitungen müssten zudem mit gestiegenen Ansprüchen und den Eigenheiten der Lehrkräfte, Schüler und Eltern umgehen können.

Auffällig ist, dass die Schulleitungen fast immer auf eine teilweise bedingungslose Unterstützung durch die Schulbehörden zählen können. Diese sind selten bereit, Personen, die sie selbst eingestellt haben, infrage zu stellen. Das führt zu Seilschaften und zu Machtspielen, die nicht dem Wohl der Schule dienen, sondern persönlichen, oft über Jahre gewachsenen Beziehungen geschuldet sind. Folge: Die Schulleitung bleibt an Bord, den Lehrkräften wird ein Maulkorb verpasst, viele verlassen frustriert das Boot.

«Der erste Reflex ist tatsächlich, dass sich eine Behörde bei Konflikten hinter die Schulleitung stellt», sagt Bernard Gertsch. «Das kann zu einem Ohnmachtsgefühl bei den Lehrkräften führen.» Verstärkt wird dieses Gefühl, wenn Schulleiter und Rektoren – wider das Verständnis guter Corporate Governance – gleich auch noch Mitglied des Behördengremiums sind, das sie beaufsichtigen soll. Wer wen führt, ist dann oft nicht mehr ersichtlich, zumal in vielen Schulbehörden pädagogische Laien sitzen, die gerade in Konfliktsituation überfordert sind. Greifen sie dann einseitig ein, führt das erst recht zur Eskalation – insbesondere wenn der Wille zu ernsthafter Reflexion, Aufarbeitung und Transparenz fehlt.



Zu schnell zu viel

Gemeinsam ist manchen Fällen eine krass divergierende Wahrnehmung und Darstellung der Vorgänge und Ursachen durch die Beteiligten, verbunden mit tiefen Gräben in der Belegschaft. Die Zerstrittenheit führt auch zum Bruch von Freundschaften. Konfliktursachen ortet Bernard Gertsch im Spannungsfeld von Tradition und Innovation: «Wenn Schulleitungen scheitern, dann oft, weil sie zu schnell zu viel wollen – nicht umgekehrt.»

Um Konflikte nicht eskalieren zu lassen, müssten diese in einer möglichst frühen Phase angegangen werden, ist Gertsch überzeugt. Dies zu lernen, gehört zur Ausbildung «CAS Schulleitung», die das pädagogische, personelle und betriebliche Rüstzeug mitgibt und berufsbegleitend an pädagogischen Hochschulen angeboten wird. Sie dauert insgesamt ein halbes Jahr und führt zu einem Zertifikat. Die meisten Schulleiter verfügen über diese Ausbildung, aber längst nicht alle. Mit jährlichen Fachtagungen und spezifischen Weiterbildungen bemüht sich der Schulleiterverband, die Professionalisierung voranzutreiben. Die Aktivitäten erfolgen Hand in Hand mit dem Schweizerischen Lehrerverband. Gemeinsam ist der Verein Profil Q gegründet worden, um die schulinterne Qualitätsentwicklung zu stärken.

Lernprozesse sind damit noch nicht garantiert: nicht bei den Schulleitungen, schon gar nicht auf der politischen Führungsebene. Bernard Gertsch weist auch auf jene Konflikte hin, die sich zwischen Schulbehörden und Schulleitungen abspielen und selten in der Öffentlichkeit landen. Sie kämen am häufigsten vor, und auch sie nähmen zu. Sichtbar wird dies anhand der Rechtsschutzversicherung, die der Schulleiterverband anbietet. Sie werde zunehmend in Anspruch genommen, sagt Gertsch. Als Beispiel lässt sich ein Fall aus Ipsach bei Biel anführen, als die Schulkommission einen beliebten Schulleiter drängte, selbst zu kündigen, jedoch am Widerstand von Schule, Eltern und Kindern scheiterte. Auslöserin des Konflikts war anscheinend die verantwortliche Gemeinderätin; sie trat schliesslich zurück.

Dass Konflikte aber auch zu Verbesserungen führen können, zeigt sich am Beispiel des Kantons St. Gallen: Am Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum geriet der Rektor im Jahr 2017 massiv in die Kritik: Er pflege rüde Umgangsformen und habe ein «System der Einschüchterung» installiert. Der Fisch stinke vom Kopf her. Die öffentlich ausgetragene Debatte endete dann zu seinen Gunsten: Die zuständige Berufsfachschulkommission, ein Laiengremium, stellte sich unreflektiert hinter ihn. Der Rektor war von der Kommission gewählt worden und gehörte ihr selbst an.

Die Politik reagierte, indem sie diese Struktur korrigierte und entfilzte. Im November 2018 hiess das Stimmvolk mit 82 Prozent Ja-Stimmen die entsprechende Reform gut, welche die Kumpanei von Aufsichtsorgan und Schulleitung künftig zumindest erschwert. Andere Kantone sind noch nicht so weit. Der Filz lebt.

EDK, AVS, FHNW – das Bermudadreieck der Eigenmächtigkeit

Starke Schule beider Basel 4.6.2019, Felix Hoffmann

Ein Aufschrei geht durch die Bildungspolitik der Schweiz. Am 24. Mai wurden die Ergebnisse der nationalen Leistungstests publiziert. Die Eidgenössische Erziehungsdirektoren Konferenz (EDK), die ohne demokratische Legitimation das bisher erfolgreiche Bildungssystem unseres Landes zur sogenannten "Kompetenzorientierung" zwingt, zögerte die Veröffentlichung seit 2016/17 lange



hinaus. Die schlechten Ergebnisse der landesweiten Leistungserhebung stellen der EDK und ihrer "Kompetenzorientierung" ein schlechtes Zeugnis aus. Letztere scheint offenbar keine allzu grossen Kompetenzen hervorzubringen.

Fragwürdige Leistungstests

Mit den nationalen Leistungstests wollte die EDK einen Vergleich zwischen den Kantonen. Urs Kalberer⁶, Sprachdidaktiker und Sekundarlehrer fragt sich, warum nun betont werde, dass die Kantone aufgrund unterschiedlicher Stundenzahlen gar nicht zu vergleichen seien. Warum gab es dann aber eine solch aufwändige Vergleichsuntersuchung? Bilinguale Kantone wie Wallis oder Freiburg wiederum sind punkto Französischkenntnisse nicht vergleichbar mit Baselland, wo die Schülerschaft kaum Berührungspunkte mit der zweiten Landessprache hat. Warum, fragt Kalberer weiter, waren die Schülerleistungen in Mathematik und beim Leseverständnis anlässlich der PISA-Prüfungen besser als bei den nationalen Tests? Und warum herrscht bezüglich dieser Unstimmigkeiten völlige Intransparenz? Prof. Dr. Walter Herzog⁷ hegt dazu eine Vermutung.

Pseudowissenschaftlichkeit und Eigenmächtigkeit

Herzog erachtet die Kompetenzbeschreibungen des Lehrplans 21 als viel zu vage zur Überprüfung von Schülerleistungen. Ferner betont er, wird die Abgrenzung zwischen Kompetenz und Inkompetenz von der EDK ausgehandelt, also nicht nach wissenschaftlichen Kriterien bestimmt. Offenbar geht es hier nicht um eine ergebnisoffene Auswertung von Prüfungsergebnissen, sondern darum, „(...) dass man nicht will, dass zu viele oder zu wenige Schülerinnen und Schüler als inkompetent bezeichnet werden.“ Damit wäre der Manipulation Tür und Tor geöffnet. Die EDK könnte so ihren eigenwillig eingeschlagenen Reformkurs mittels frisierter Testresultate rechtfertigen. Die Ergebnisse könnten also noch viel schlechter sein. Die EDK legt nicht nur fest, „(...) wie unser Schulsystem zu reformieren ist, sondern beschliesst auch gleich noch selber, wie gut ihr die Reform gelungen ist.“ Diese Eigenmächtigkeit hat System, auch im Kanton Baselland.

Monopol der Fachhochschulen

Der Lehrplan 21 wurde unter der Scheinbeteiligung von Lehrkräften von den Fachhochschulen (FH) erstellt. In Anlehnung daran entwarfen sie ideologische Unterrichtskonzepte wie das "Selbstorganisierte Lernen", das die Schülerschaft völlig überfordert oder die gescheiterte "Mehrsprachigkeitsdidaktik", die im Fremdsprachenunterricht ohne Vermittlung von Wortschatz, Grammatik und Übungsmöglichkeiten auskommen will. Nach Vorgabe dieser Ideologien vergaben die FH Aufträge an ausgewählte Verlage, die darauf basierende Unterrichtsmaterialien schufen, z.B. Mathbu, Mille feuilles, Clin d'oeil, New World. Wer die Vorgaben nicht erfüllte, bekam keine Aufträge. Die FH haben ergo das Weisungsrecht, mit welchen Lehrmitteln an der öffentlichen Schule zu unterrichtet ist. Im Baselbiet bestimmt diesbezüglich also weder die Bildungsdirektion noch der Bildungsrat - dieser winkte die Bücher mangels Alternativen einfach durch. Ausschlaggebend bei der Wahl von Unterrichtsmaterialien sind folglich nicht die Bedürfnisse der Lernenden, sondern Ideologien. Im Bemühen, ihren Einfluss nicht zu verlieren, bedient sich die FH Nordwestschweiz (FHNW) einfallsreicher Methoden.

Filz im Getriebe

Im Amt für Volksschulen arbeiten Angestellte, welche dort die Interessen der FHNW vertreten. Es heisst allerdings nicht umsonst, "Niemand kann zwei Herren dienen", was die Frage aufwirft, für wen diese Leute letztlich arbeiten. Auffällig in diesem Zusammenhang

⁶ <https://schuleschweiz.blogspot.com/2019/05/liebe-edk-es-waren-da-noch-ein-paar.html>

⁷ <https://condorcet.ch/2019/05/geheimsache-schwellenwerte/>



ist der Auftritt einer AVS-Angestellten an diversen Standorten der Sekundarschule. Sie pries dort vehement und ausschliesslich die Kompetenzorientierung an, ohne die zuvor vom Parlament beschlossenen Themen und Stoffziele im Baselbieter Lehrplan zu erwähnen, so als gäbe es diese gar nicht. Eine weitere Angestellte bringt sich ohne Auftrag fortlaufend in die Evaluation neuer Fremdsprachenlehrbücher ein. Dies im Widerspruch zur vereinbarten Autonomie der hierfür geschaffenen Arbeitsgruppen. Zufälligerweise macht sie sich immer wieder stark für Lehrmittel basierend auf der gescheiterten Mehrsprachigkeitsdidaktik. Zuletzt erstellte sie Preislisten zuhanden der Lehrmittelkommission. Dabei verteuerte sie die der FHNW nicht genehmen Bücher künstlich und deklarierte sie als Einweglehrmittel, obwohl sie für mehrere Jahrgänge einsetzbar sind.

Lehrmittelfreiheit als Antifilzmittel

Die von der Bildungsdirektion angestrebte Lehrmittelfreiheit beendet das Lehrmitteldiktat der FHNW, das nicht zuletzt zu den verheerenden Resultaten bei den nationalen Leistungstests führte. Mit der Lehrmittelfreiheit hat die Lehrkraft die Möglichkeit, ein an die Bedürfnisse ihrer Klasse optimal angepasstes Lehrmittel zu wählen. Die dank der Starken Schule beider Basel im Baselbieter Lehrplan festgeschriebenen Stoffinhalte und Themen sichern dabei einen für alle Lernenden standardisierten Stoffaufbau. Die Kombination von Stoffinhalten und Themen mit der Lehrmittelfreiheit entspricht dem Grundsatz: Viele Wege führen nach Rom. Den einzig richtigen Weg, wie ihn die FHNW in der Kompetenzorientierung zu erkennen glaubt, gibt es nicht. Dies ist der Hauptirrtum dieser von der EDK uniform und flächendeckend erzwungenen Schulreform. Aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle beim schlechten Abschneiden unseres Kantons bei den nationalen Leistungstests.

Hauptursachen der Bildungsmisere

Neben der Kompetenzorientierung haben auch die unsägliche Menge anderer Reformen innert weniger Jahre und deren quasi Gleichzeitigkeit ihren Anteil daran. Die Umstellung der Lehrerausbildung, Frühfremdsprachen auf der Primarstufe, der Wechsel von 5/4 auf 6/3 und die Projektarbeit, um nur wenige Beispiele zu nennen, sind jede für sich aufwändig mit entsprechendem Ressourcenbedarf. Die Ressourcen aber wurden aufgrund mehrerer Sparpakete verknappt, während die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte wegen der Umsetzung der Reformen und der Aufstockung der Lektionenzahl zunahm. Zusätzlich gehen die Projektarbeit und Informatik zulasten des Deutsch- bzw. Mathematikunterrichts. Das Erreichen von Lehrplanzielen ist so nicht möglich. Der grösste Stolperstein im heutigen Schulsystem ist allerdings die Integration. Dazu konnte man in der Sonntagszeitung vom 28. April folgendes lesen: „Für 60 Prozent der Klassenlehrer sind verhaltensauffällige Schüler der grösste Belastungsfaktor. Sie werden als noch strapaziöser empfunden als Schulreformen.“ Die Behörden merken erst jetzt, „(...) dass die Integration der kleinen Wutbürger für viele Pädagogen das Problem Nummer eins ist.“

Die Städte rüsten die Schulen digital auf

NZZ 18.6.2019, Jörg Krummenacher

Mehr als 200 Millionen Franken wollen die Schweizer Städte in den nächsten Jahren in die digitale Ausstattung der Volksschule stecken. Dazu legen sie einen Leitfadens vor. Gleichzeitig verankern sie den Vorrang von Pädagogik vor Technik.

Viele Städte und Gemeinden stossen bei der Digitalisierung ihrer Schulen an Grenzen: Die



Einführung digitaler Lehrmittel erfolgt wenig systematisch und holprig. Es mangelt sowohl an der infrastrukturellen Grundausstattung wie an Standards. Der Städteverband will dies ändern. Er erhöht den finanziellen Einsatz und präsentiert einen praktischen Leitfaden, der auf die städtischen Bedürfnisse zugeschnitten ist, der aber auch für kleinere Schulgemeinden nützliche Anleitung bietet.

Wiederkehrende Investitionen

«Wir befinden uns am Beginn eines Digitalisierungsschubs an der Schule», sagt der Winterthurer Stadtrat Jürg Altwegg, der die [Städteinitiative Bildung](#) präsidiert. Sie vertritt als Sektion des Schweizerischen Städteverbandes 25 Städte. Diese sehen vor, in den nächsten fünf Jahren rund 1600 Franken pro Schulkind in die Digitalisierung zu stecken. Zum Vergleich: In den letzten fünf Jahren waren es durchschnittlich 600 Franken pro Kind.

Als Grund dafür, dass die Mittel mehr als verdoppelt werden, nennt die Städteinitiative die Notwendigkeit erheblicher wiederkehrender Investitionen innert relativ kurzer Zyklen. Es reiche nicht, Computer, Tablets, Smartphones und interaktive Lernplattformen in die Klassenzimmer zu bringen. Notwendig seien auch eine kontinuierliche Schulung von Lehrpersonen und die Sicherstellung des Supports, was einen kontinuierlichen Finanzierungsmechanismus für regelmässige Erneuerung unabdingbar mache.

Politische Forderungen

Der neue Lehrplan 21 bringt für die Informatik einen eigenen Bereich mit klar formulierten Kompetenzen über alle Schulstufen hinweg. Was aber noch fehlt, sind laut Jürg Altwegg «konkrete technische Leitlinien und geeignete Rahmenbedingungen, die Innovationen und die technische Ausstattung in den Schulen ermöglichen». In ihrem Leitfaden fordert die Städteinitiative die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren deshalb auf, im Dialog Mindeststandards und Empfehlungen zu entwickeln. Diese sollen mithelfen, Fehlinvestitionen zu vermeiden und das herrschende digitale Ungleichgewicht zwischen den Schulgemeinden abzubauen. Heute seien manche Gemeinden gut ausgestattet, während andere kaum genügend Computer und Laptops hätten.

«Gerade weil die Digitalisierung derart grossen Finanzbedarf auslöst, darf es nicht sein, dass reiche Städte und Gemeinden ihren Schulen bessere Bedingungen bieten können als ärmere», sagt Altwegg. Die Städteinitiative verknüpft ihr Engagement mit einer Reihe weiterer Forderungen an Bund, Kantone und weitere Akteure im Bildungswesen: Notwendig seien klare kantonale Standards, ebenso klare Vorgaben zum Datenschutz, sichere Cloud-Dienste und passende digitale Lehrmittel. Das Angebot an letzteren sei heute noch recht dünn. In ihrem Papier warnen die Städte zudem vor Abhängigkeiten von den digitalen Anbietern.

Technik folgt Pädagogik

Die technischen Aspekte der Digitalisierung dürften aber letztlich nicht dazu führen, didaktische und pädagogische Fragen hintanzustellen, hält die Städteinitiative fest. Als übergreifendes Motto hat sie deshalb «Technik folgt Pädagogik» gewählt. Statt bei der technischen Ausstattung pionierhaft mittun zu wollen, sollten die Schulbehörden «besser auf kluge pädagogische Lösungen setzen».



Die Bildungsdaten gehören allen

NZZ 18.6.2019, Meinung und Debatte, Larissa Rhyh

Statistik zum Studienerfolg der Maturanden

Wenn neue Daten zur Qualität der Ausbildung an Schweizer Schulen veröffentlicht werden sollen, stehen die Kantone gerne auf die Bremse. Und repetieren gebetsmühlenartig dasselbe Argument: Weil die Bildung in der Schweiz kantonal geregelt ist, seien die Daten schwer vergleichbar. Letztmals verfielen die Kantone in diesen Tenor, als es um die Grundkompetenzen der Primarschüler in Mathematik und Sprachen ging. Als Folge davon wurden die Ergebnisse einer nationalen Erhebung zwei Jahre lang zurückgehalten, bis sie im Mai dieses Jahres doch veröffentlicht wurden – mit einer Einordnung, die viele Fragen offenliess. Nun wird das gleiche Argument schon wieder bemüht.

Dieses Mal geht es um Daten zum Studienerfolg. Sie zeigen, wie viele Maturanden ihr Studium erfolgreich abschliessen, wie viele abbrechen oder das Fach wechseln – und erlauben dadurch Rückschlüsse auf die Qualität einzelner Gymnasien. Die Daten werden vom Bundesamt für Statistik erfasst, aber nicht veröffentlicht. CVP-Nationalrätin Andrea Gmür hat in einer Motion gefordert, dass sie publiziert werden. Im Nationalrat wurde Gmür von allen Parteien unterstützt, doch am Montag hat der Ständerat den Vorstoss abgelehnt. Damit ist er vom Tisch.

Zuvor hatten die Kantone eifrig dafür gewebelt, die Daten nicht zu veröffentlichen. Die Konferenz der kantonalen Bildungsdirektoren warnte gar vor Schul-Rankings im amerikanischen Stil. Sie argumentierte, eine Einordnung in den kantonalen Kontext sei zwingend, daher müsse der Bund die Auswertung und die etwaige Publikation der Daten den Kantonen überlassen. Was sie nicht erwähnte: Die Kantone hätten zwar schon heute Zugriff auf die Daten, die meisten nutzen sie jedoch nicht. Das Beispiel des Kantons Luzern, der die Daten als einziger veröffentlicht hat, zeigt, dass die Warnung vor Schul-Rankings kaum begründet ist. Denn obwohl sich zwischen den Luzerner Gymnasien teilweise grosse Unterschiede ergaben, ist keine öffentliche Debatte entbrannt – wohl, weil der Kanton die Daten interpretiert und mit den Gymnasien besprochen hat. Eine solche Einordnung der Daten wäre auch möglich, wenn der Bund sie publizieren würde.

In einem Punkt haben die Kantone recht: Das Gymnasium ist sicher nicht der einzige Faktor, der den Studienerfolg beeinflusst. Entsprechend wäre es sinnvoll, die Erhebung künftig um weitere Faktoren zu ergänzen. Doch dass die vorliegenden Daten nicht restlos alle Fragen beantworten, heisst nicht, dass sie nutzlos sind. Selbst die kantonalen Bildungsdirektoren betonen, dass die Kantone wichtige Schlüsse daraus ziehen können. Denn Gymnasien haben den Auftrag, die Hochschulreife ihrer Abgänger zu gewährleisten. Derweil ist es an den Kantonen, dies zu überprüfen und bei Bedarf Verbesserungen anzuregen. Dazu sollten sie alle verfügbaren Daten beziehen.

Das Parlament hat eine Chance verpasst, hinsichtlich der Qualität der Schweizer Gymnasien Transparenz zu schaffen. Eine zentrale Veröffentlichung der Daten hätte die Kantone und Gymnasien unter Zugzwang gesetzt. Ihr Umgang mit Bildungsdaten ist zu konservativ. Erfahrungen mit der Pisa-Studie sowie mit nationalen Erhebungen im Bildungsbereich haben gezeigt, wie wichtig eine offene Kommunikation ist. Natürlich ist es in einem föderalistischen System auch angezeigt, bei der Interpretation von Statistiken den kantonalen Unterschieden Rechnung zu tragen. Doch das darf nicht als Vorwand dafür dienen, Daten unter den Teppich zu kehren.



Hausaufgabenhilfe 2.0

Tages-Anzeiger 17.6.2019, Kultur& Gesellschaft, von Aleksandra Hiltmann

Bildung Schülerinnen und Schüler ziehen beim Lernen immer öfter Youtube-Videos zurate. Nun versuchen Lehrpersonen die neuen Medien vermehrt in ihren Unterricht einzubeziehen.

«Nun zeig ich euch, wie man ganz schnell den Prozentwert ausrechnen kann.» «Lehrerschmidt» ist in seinem Element - auf Youtube. Über 160 000 Abonnenten wollen von ihm wissen, wie man Prozente, Flächen und Dichten berechnet, Brüche kürzt oder wie der Satz des Pythagoras geht. Die hohen Klickzahlen der Videos spiegeln, was eine aktuelle Studie in Deutschland bestätigt: Youtube ist ein beliebter Ort, um sich Nachhilfe zu holen. Fast die Hälfte der 12- bis 19-Jährigen erachten die Videoplattform für wichtig oder gar sehr wichtig für die Schule.

Dieser Befund deckt sich mit Zahlen aus der Schweiz. Klaus Rummler forscht an der Pädagogischen Hochschule Zürich, wie Schülerinnen und Schüler mit neuen Medien lernen. Kürzlich hat er im Rahmen einer vom Schweizer Nationalfonds geförderten Studie 250 Jugendliche befragt, wie sie Hausaufgaben mit digitalen Medien machen. Die Hälfte der durchschnittlich 13-Jährigen gab an, Youtube gezielt für schulische Aufgaben einzusetzen.

Ergänzung ja, Ersatz nein

Auch Schülerinnen und Schüler der Sekundarklasse von Herbert Wilms nutzen Youtube zum Lernen, am liebsten für Mathematik. Der Lehrer, der in Grafstal im Kanton Zürich unterrichtet, findet das grundsätzlich gut. Er sieht Nachhilfe- und Lernvideos als Chance. «Wir Lehrpersonen wissen: Jedes Kind lernt anders.» Es gebe jene, die im Unterricht nicht so gut mitkommen würden wie andere, oder jene, denen der Unterrichtsstil der Lehrperson nicht zusage. Mithilfe von Videos könnten die Jugendlichen den Stoff anders lernen. Weitere Vorteile liegen auf der Hand: Geht es zu schnell, kann man einfach «Pause» drücken und zurückspulen. Und anders als Herr Wilms sei der Youtube-Lehrer jederzeit verfügbar, sagen zwei seiner Schüler, als er sie fragt, weshalb sie Lernvideos mögen.

Nicht nur bei Schülerinnen und Schülern ist Youtube für schulische Zwecke in den letzten zehn Jahren immer beliebter geworden. Auch Lehrpersonen akzeptieren und nutzen Videos vermehrt im Unterricht. Das geht aus Forschungserkenntnissen von Rummler hervor. Wilms setzt Youtube in seiner Sekundarklasse bewusst ein. Jenen, die mit den Aufgaben schneller fertig sind und nichts mehr zu tun haben, gibt er den Auftrag, für die Mitschüler ein Video zu suchen, das den gerade behandelten Stoff erklärt.

Ihm sei bewusst, dass er als Lehrer keine Kontrolle darüber habe, was seine Schülerinnen und Schüler auf Youtube lernten. Er findet es deshalb wichtig, sich selbst dort auszukennen, wo die Jugendlichen im Netz unterwegs seien. Das mache es leichter, ihnen qualitativ gute Videos empfehlen zu können.

Auch ein Geschichtslehrer an einer Zürcher Berufsfachschule ist sich der Risiken bewusst, die Lernvideos auf Youtube bergen. «Es ist eher ein Überblick und keine Quellenarbeit, die Lernende für den Geschichtsunterricht online vermittelt bekommen.» Das findet er sinnvoll, solange die Lernenden ihr Wissen damit ergänzen. Herkömmliches Unterrichtsmaterial mit Youtube-Videos zu ersetzen, komme für ihn nicht infrage. Er plädiert jedoch dafür, vermehrt zu thematisieren, was «gute» Nachhilfe- oder Lernvideos sind und wie Schülerinnen und Schüler diese optimal für den Unterricht nutzen.

Herbert Wilms sieht das ähnlich. «Ich will meiner Klasse nicht beibringen, wie man Youtube schaut.» Stattdessen sollen die Jugendlichen lernen, wie sie vertrauenswürdige Quellen finden und diese von nicht vertrauenswürdigen unterscheiden können. «Wir



stecken gerade mitten in der digitalen Revolution.» Worauf genau man die Lernenden vorbereite, wisse man oft nicht. Deshalb sollten Schülerinnen und Schüler ganz generell lernen, wie sie sich Informationen selbst suchen. Das gelte für Youtube, aber auch für jegliche andere verfügbare Formate und Portale.

Medienkompetenz fördern

Die Videoplattform werde häufig zusammen mit anderen digitalen Plattformen wie WhatsApp und Wikipedia benutzt, weiss Rummler aus der Forschung. «Youtube ist für Schülerinnen und Schüler daher weniger eine Art Nachhilfe, sondern vielmehr Bestandteil ihres digitalen Instrumentariums bei der Bearbeitung von Hausaufgaben.» Die Schule sei dazu angehalten, diese Kanäle mit den Lernenden zu thematisieren, so wie das auch mit anderen Alltagsphänomenen gemacht werde.

In einem weiteren Schritt könne es darum gehen, Schülerinnen und Schüler darin zu begleiten, Videos nicht nur zu schauen, sondern auch selbst zu produzieren. Zum Beispiel als Gruppenarbeit zu einem aktuellen Unterrichtsstoff. Können da ältere Lehrpersonen mithalten? Wilms erzählt, dass er als junger Lehrer an seiner Schule einer der wenigen sei, die den Umgang mit Videos als Bestandteil oder Ergänzung des Unterrichts beherrschten.

Man dürfe die Älteren nicht unterschätzen, findet Rummler. Eine Lehrperson müsse nicht gleich gut Videos schneiden können wie die Jugendlichen. Es gehe eher darum, Schülerinnen und Schülern Türen zu neuen Lernräumen zu öffnen und auf Augenhöhe mit ihnen zusammen etwas zu erarbeiten. Das gehe Hand in Hand mit der Rollenverschiebung, die gerade stattfindet. Die Zeiten seien vorbei, in denen die Lehrperson einen streng vorgegebenen Wissenskanon nur frontal vermittele. Die Lehrperson sei auch Coach und moderiere Diskussionen und Positionen.

Wie kommen die beiden Lehrer mit diesem Paradigmenwechsel klar? Fühlen sie sich angegriffen, wenn Schülerinnen und Schüler unter Umständen Youtube ihrem Unterricht vorziehen? «Nein», sagt der Geschichtslehrer, solange die Videos qualitativ mit seinem Unterricht mithalten können. «Betupft» würde sich Herbert Wilms fühlen, wenn ihm ein Schüler sagen würde, er sei als Lehrer schlechter als irgendein Youtuber. «Wobei, viele Nachhilfevideos stammen von übermotivierten Lehrern», sagt er und lacht. Man müsse sich auch eingestehen können, wenn es ein Fachkollege besser mache. Im Idealfall würden sich Lehrpersonen sogar etwas abschauen von den Youtuberinnen und Youtubern, die bei Jugendlichen besonders gut ankämen. Didaktisch könne man sicher das eine oder andere in den analogen Unterricht einbauen.

Traditionelle Techniken

Seine Schule ist bereits auf gutem Weg, dies zu fördern. Seit einem Monat sind alle Jugendlichen seiner Klasse mit Tablet-PCs ausgerüstet. Ab diesem Sommer werden sie, wie alle anderen Sekundarschulen des Kantons Zürich, im Zuge des Lehrplans 21 das obligatorische Fach «Medien und Informatik» besuchen. An der PH Zürich absolvieren alle angehenden Lehrpersonen Module zu Medienbildung. Auch Erklärvideos werden behandelt.

Klaus Rummler glaubt aber nicht, dass Videos bald den Unterricht dominieren werden. Eher werde ein neues Gleichgewicht zwischen Offline- und Online-Elementen entstehen. Denn sogar in den beliebtesten Videos, jene für Mathe-Nachhilfe, greifen Youtuber häufig auf traditionelle Vermittlungstechniken zurück: Sie leiten Formeln, wie an der Wandtafel, handschriftlich her. Der einzige Unterschied dabei sei, dass man dies nun online anstatt nur im Klassenzimmer mitverfolgen könne. Was sich ändere, sei, wie Lernmaterial visualisiert werde. Neu werde es wohl vermehrt vorkommen, dass in einem Schulbuch ein Link zu einem geeigneten Youtube-Video zu finden sein wird.



Bildungsvergleich und Lehrplan 21

NZZ 12.6.2019, Zuschriften

Die Ergebnisse des ersten nationalen Bildungsvergleichs sind unbestritten miserabel ausgefallen (NZZ 25. 5. 19). Von dem bei Pisa 2018 noch hochgejubelten «Europameister im Rechnen» erreichen 40 Prozent der Schüler die minimalen Grundkompetenzen in Mathematik nicht. Die sprachlichen Kompetenzen wurden nur teilweise überprüft, für Sprechen und Schreiben liegen keine Testergebnisse vor. Kein Wunder, hat sich die EDK erst nach zwei beziehungsweise drei Jahren getraut, die Resultate zu veröffentlichen. Über die Ursachen gibt es viele Spekulationen. Nur eines scheint gemäss den Bildungsverantwortlichen klar zu sein: Mit dem Reformpaket Lehrplan 21 habe es nichts zu tun, weil er zur Testzeit 2016/17 noch gar nicht eingeführt gewesen sei. Auffallend ist, dass die Resultate bei den weniger reformfreudigen Kantonen meist besser ausgefallen sind.

Vor genau 30 Jahren, als noch niemand vom Lehrplan 21 sprach, wurde im Schuljahr 1989/90 bei der Schule für Kunst und Sport in Zürich erstmals das «selbstgesteuerte Lernen» unter der harmlosen Bezeichnung «Wochenplan» eingeführt. Das Reformelement «selbstgesteuertes Lernen» nimmt im Lehrplan 21 eine zentrale Rolle ein und führt beim Lehrerberuf und beim Unterricht zu einer dramatischen Veränderung: Der Lehrer wird zum Lernbegleiter/Coach degradiert und darf nicht mehr vor der ganzen Klasse unterrichten, sondern nur noch «individuell begleiten», weil das Lernen der Kinder laut den Schulreformern nur «authentisch» ist, wenn die Schüler «selbstgesteuert» sozusagen das Rad neu erfinden können. Das «kostengünstige» selbstgesteuerte Lernen ist dem traditionellen, erfolgreichen Ansatz des Klassenunterrichts komplett entgegengesetzt. Wenn die wahren Ursachen für den von den kritischen Bildungsfachleuten vorausgesagten Bildungsabbau weiterhin nicht zur Kenntnis genommen werden, wird sich die Bildungsqualität unweigerlich weiter verschlechtern.

Peter Aebersold, Zürich

Bildungsbürokratie

NZZ 11.6.2019, Zuschriften

Es erstaunt, mit welcher Gelassenheit die EDK-Vorsitzende und Regierungsrätin Silvia Steiner die Resultate des ersten nationalen Schulvergleichs präsentiert (NZZ 24. 5. 19). Über zwei Jahre hat sich die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren Zeit gelassen, die sehr ernüchternden Ergebnisse zu publizieren. Wenn man als Antwort einzig hört, man müsse Fragen wie etwa diejenige zur Bildungsgerechtigkeit «nun an die Wissenschaft stellen», und wenn gleichzeitig in Betracht gezogen wird, dass die Bildungskosten pro Schüler in der jüngeren Vergangenheit stark gestiegen sind (vgl. NZZ 12. 1. 16), so bleibt einzig der Schluss, dass die erwähnte Gelassenheit als Deckmantel für die Fehlentwicklungen der Bildungsbürokratie und des ausufernden Akademismus an den Schulen herhalten muss. «Less is more» und «Keep it simple» wären Leitsätze, die auch der Volksschule gut anstehen würden. Dazu gehörten aber halt triviale und ganz unmoderne Dinge wie «Übung macht den Meister».

Andreas Zumbach, Zürich



Es lässt aufhorchen, dass einige Junglehrer wieder aussteigen

St. Galler Tagblatt 18.6.2019, Meinung, Leserbriefe

Die wirklichen Gründe des zunehmenden Lehrermangels werden im Artikel nicht genannt. Aufhorchen lässt uns die Feststellung, dass 20 Prozent der Junglehrer innerhalb der ersten fünf Jahre wieder aussteigen. Warum geben die jungen Lehrer den einst schönsten Beruf auf oder brauchen längere Burn-out-Pausen? Warum brechen viele andere ihre Lehrerausbildung vorzeitig ab? Warum beenden immer mehr langjährige, gute, erfahrene Lehrer ihr Berufsleben lange vor der Pensionierung?

Die Antwort bei den Löhnen zu suchen, lenkt vom Wesentlichen ab. Tatsache ist, dass zahlreiche Lehrer aus- oder umsteigen, weil sie nicht mehr so unterrichten dürfen, wie sie gerne möchten und wie der Erfolg für möglichst alle Kinder am besten gewährleistet wird. Statt den Kindern im Klassenunterricht die Grundlagen zu vermitteln, sollen die Lehrer ihre Schüler im selbstorganisierten Lernen sich selbst überlassen und lediglich als Coach fungieren. Ausserdem werden sie mit dem Ausfüllen von Beobachtungsbögen und der Produktion von individualisierten Lernmaterialien und Tests beschäftigt. An der PH werden die Junglehrer entsprechend ausgebildet.

Marianne Wüthrich, Wil, langjährige Berufsschullehrerin
